

Landes Asten Konferenz 29.01.2012 an der HdM Stuttgart

Protokollant: Patrick Permien (HdM Stuttgart)

12:30h Laura eröffnet die Sitzung.

Top 1: Begrüßung und Formalia

- 15 Hochschulen sind vertreten
- Gast: Marco von der Hib Stuttgart
 - Campustour geplant: Themenschwerpunkt VS
- Anmerkungen zum letzten Protokoll:

Aalen: Semesterticket in der Grundkomponente nicht 20€/Monat sondern pro Semester

HdM: Der im Rundlauf erwähnte Neubau entsteht gerade, verbessert aber die schlechte Raumsituation leider nicht

- Ergänzungen zu den TOPs:
- Top 7: Geht um die Vergabe von StudienPLÄTZEN
- Top 4: Streichen, der AK fand am Vortag nicht statt mangels Anmeldungen

Top 2: Rundlauf der Hochschulen

Uni Freiburg: Begehung zur Exzellenzinitiative ,Änderung der Grundordnung steht an

HTW Aalen: EU-Leuchtturmprojekt: HTW bekommt Fördermittel, Einblick in Finanzen, speziell Ausgleichsgelder Studiengebühren, ist diese Woche erfolgt, AStA hat zugestimmt

Hohenheim: fragt, wie die Qualitätssicherungsmittel-Verteilung an den anderen Hochschulen läuft, Es gibt einen neuen Rektor. AStA will Themenkomplex der Nachhaltigkeit in allen Fakultäten einbringen, Prüfungsverfahren: Vereinheitlichung angestrebt, AStA Zeitschrift: Bislang an Pressestelle angegliedert, soll nun unabhängig werden.

HS Furtwangen: nichts Neues

PH Ludwigsburg: Fakultät 3 Sonderpädagogik ausgelagert nach Reutlingen, soll nach Ludwigsburg zurück (in Diskussion im Senat pro/contra), AStA zeigt sich überrascht; Vernetzung zwischen den Standorten ist schlecht, Infoveranstaltung zur VS hat stattgefunden, Beteiligung ca. 50 Leute, zusammen mit LAK-Präsidium ausgerichtet

Uni Konstanz: Referate Umwelt / Nachhaltigkeit / Verkehr wollen erweitertes Studii-Ticket aushandeln mit ÖPNV zwecks Erweiterung des Geltungsbereichs. Mitwirkung beim Deutschlandstipendium ist entgegen VV- und StuPa-Beschluss nun doch verabschiedet.

Neue Satzung der Studierendenschaft, läuft noch nicht optimal bezüglich der Effizienz.
Exzellenz-Begehung hat stattgefunden.
Vandalismus gegen Rektorat, Studierendenvertretung hat sich davon distanziert

PH Karlsruhe: weiter erhobene Studiengebühren für Master stoßen auf Ablehnung, soll über Senat geklärt werden. Kommentar Vorstand: Bis 2014 dürfen dürfen, übergangsweise, auch für konsekutive Masterstudiengänge Gebühren erhoben werden, danach nicht mehr. (Für nicht-konsekutive müssen Gebühren per Gesetz erhoben werden.)

Musikhochschule Freiburg: Wahl & Bestätigung des alten und neuen Kanzlers hat stattgefunden, Studierendenvertretung ist mit Besetzung zufrieden. Dialogbereitschaft ist vorhanden. Neuer Prorektor ist gut.

PH Weingarten: Ein Kommissarischer Rektor wurde mittlerweile gewählt, bau eines neuen Studentenwohnheims.

Uni Tübingen: Klage betreffs Studiengebührenbefreiung für Teilnehmer studentischer Gremien. Ein Antrag wurde bisher bearbeitet, daran hängt sich die Klage auf. Hinweis an alle Teilnehmer: Auch rückwirkend möglich, unter Beachtung, der Verjährung . Anträge sind begründet (Tätigkeitsnachweise incl. Angabe des Leistungspensums!) an die Verwaltungsabteilung zu stellen. Nach 4 Wochen ohne Reaktion Untätigkeit anzeigen, dann muss die Uni reagieren. Falls weiter keine Reaktion sofort zum zuständigen Verwaltungsgericht.
Islamzentrum eröffnet, Fr. Bauer, Fr. Schavan waren anwesend. Personelle Besetzung (1 Person) stößt auf Kritik bei den Studis.

Uni Heidelberg: Kein Geld von Bund-Länder-Ausgleich (als einzige Uni)
Neues Qualitätssicherungsmittel-System ist angelaufen. Datenfluss und -Zugriff noch suboptimal. Kommissarische Kanzlerin ist bestellt. Einzelne Aktivitäten zur Zivilklausel.

Fall Spitzel-Einsatz Herr „Simon Brenner“, ein verdeckter Ermittler der Polizei der um 2010 an der Uni politisch aktiv war.
Rektorat sträubt sich sehr, Rechte abzugeben im Zuge der neuen Landesgesetzgebungen. Hier geht es speziell um die Verteilung von Geldmitteln durch das Referat. Senatskommission zur VS wird eingesetzt (wegen der nötigen Änderung der Grundordnung).
Infoveranstaltung zur VS hat stattgefunden, ca. 30 Teilnehmer.

KIT: Wahlen: Ähnliches Ergebnis zum Vorjahr.
Seit 1.1. im KIT-Präsidium wieder ein Vorstandsmitglied für Wirtschaft+Finanzen.
Frage wo verbleibende Studiengebühren ausgegeben werden sollen. Fachschaften suchen. Evtl. Lernräume in Foyers schaffen, Umsetzung fraglich.
Begehungen zur Exzellenzinitiative haben stattgefunden.

HdM Stuttgart: Einführung der VS läuft. Rektor hat Termin angefordert um sich zu informieren.

Satzung von AStA (und auch des UStA e.V.) muss angepasst werden.
Bildung einer Task Force VS im AStA.

Barrierefreiheit eingeschränkt, der AStA kümmert sich um Verbesserungen
Raumsituation / Bibliothek weiter Problem; AStA steht im Dialog mit den
Verantwortlichen

Neue Studiengänge derzeit in Einführung: Bachelor Cross Media Publishing
2 neue nicht-konsequente Master im Bereich Management

PH Gmünd: Neubau für Kinderkrippe

Studiengebührenverteilung: PH hat Vorteile, mehr Kompensationsmittel als vorher
Gebühren.

Nochmaliger Verweis Knochenmarkspende DKMS - siehe vorheriges LAK-Protokoll
Mentoren- und Tutorenprogramm aufgebaut, läuft aber noch nicht gut (wird noch
nicht gut angenommen). „Ältere helfen Erstis“ zu Themen wie z.B. wissenschaftliches
Arbeiten.

Uni Stuttgart: Studiengebühren in der Grundordnung.

Unklarheiten beim Rektorat betreffs VS.

AStA erhält Rechtsbeistand zur Einführung der VS von dem Justiziar der Uni; die
Rechtsabteilung der Uni hat mehrere Juristen, die Abteilung kümmert sich.

Neuer Struktur- und Entwicklungsplan.

Diskussion über Lehramt steht an. Uni will dieses am liebsten abschaffen.

Kampf um Räume für Studi-Gruppen

SQ können durch Bachelors belegt werden für 4 ECTS

Bericht des Präsidiums:

Aktueller Hinweis: Vermummt oder nicht, es wird ein Gruppenfoto dieser LAK für die neue
LAK-HP erstellt.

- Laura und Hermann haben nach Weihnachten den Gesetzesentwurf geschrieben
 - Dafür kam großes Lob des Ministeriums!
- Laura war in Berlin beim DAAD
- Treffen mit Grünen-Landespolitiker Alex Salomon hat stattgefunden:
 - Es kann nicht davon ausgegangen werden dass Spitzelfall HD ein Einzelfall war.
Evtl. demnächst Anpassungen im Polizeigesetz? Auch betreffs
Verantwortlichkeiten/Haftbarkeit des Innenministers für Polizeiaktionen.
 - FHn sollen nicht geschlossen werden, stattdessen sollen Forschung und
Drittmittelwerbung ausgebaut werden.
 - Schließung der PH Weingarten geht immer wieder als Gerücht um. LaStuVe ist
gegen Schließungen. Weingarten ist zuversichtlich betreffs Fortbestand ihrer HS
da diese einzigartig im Süden ist außerdem gerade erst ein neues
Studentenwohnheim gebaut wurde.
- Marie und Christoph (Vorstand) haben begonnen alle HS anzuschreiben zum Thema
VS, speziell diejenigen die eher selten an den LAK teilnehmen.
- Ministerium hat wir-wollen-deinen-kopf.de gelauncht: Keiner ist glücklich damit weil
der Themenbezug nicht deutlich wird
- Treffen mit Ministerpräsident Kretschmann in Freiburg
Forderungen nach Geldmitteln, speziell für Lernplätze, stießen (buchstäblich) auf
Geschrei: Diese seien frühestens (!) nach erfolgten HS-Strukturreformen zu erwarten.
Allerdings wurde nicht weiter ausgeführt welche Reformen damit gemeint sind.

Ausnahme: Exzellenz wird weiter gefördert, sowie innovative Projekte. Ansonsten kam inhaltlich nicht viel bei der nachfolgenden Diskussion herum.

- Laura hat SWR2 Interview zum Thema VS gegeben. Anschließend wurde Herrn Hippler (Rektor des KIT) zum selben Thema interviewed.
- Marie hat Schwäbischer Zeitung Interview zum Thema Studiengebührenabschaffung gegeben.
- In Bezug auf Infoveranstaltung an PH Ludwigsburg: Vorstand ist gern bereit entsprechendes auch an anderen Hochschulen zu leisten

Top 3: neue LAK Website

- Vorstellung des Entwurfs der neuen Webseite
- Diskussion der Farbwahl und noch fehlender Grafiken
- Anregung von Till: Eigene Domain & LAK-spezifische Email-Adressen einführen?
- Die neue Webseite soll zum nächstmöglichen Termin online gehen
- Alle Protokolle sind auf der neuen Webseite vorhanden
- Umstellung auf neue Webseite ohne Gegenstimmen beschlossen

Top 4: AK- Lehramt

- Gestrichen

Top 5: Gesprächsrunde zur VS

- Rektoren traten sehr versöhnlich auf
- Schlussendlich wurde nur der Vorschlag der LaStuVe diskutiert, zumal die Diskussionsmodelle des Ministeriums unzulänglich waren.
- Gesprächsdauer ca. 5 h
- Finanzierung: Idee seitens der Rektoren, betreffs Finanzierung der VS durch Partys stieß auf Unverständnis und breite Ablehnung der Studi-Vertreter Einvernehmen dahingehend dass kleine HS Zuschüsse einplanen müssen um Arbeitsfähigkeit der VS zu garantieren nicht (!) definiert ab welcher Bemessungsgrenze eine HS als „klein“ gilt Konsens wurde diesbezüglich nicht gesucht, Gesetzesentwurf ist abzuwarten (7.Februar)
Idee der Basisfinanzierung wurde diskutiert
Eingabe der Uni Hohenheim: An der Uni Hohenheim ist eine Sonderkonstellation eingerichtet in Form der sogenannten AStA-Geschäftsstelle. Budgetierung läuft somit nicht über den AStA direkt. Frage Hohenheim: Steht dem AStA Finanzierung zu wenn im Gesetz steht „wie in bisheriger Form“? Antwort Uni HD: Die Geschäftsstelle in Hohenheim entspricht dem was an anderen HS die Haushaltsabteilung ist. Somit steht AStA das Budget nach Einführung der VS dennoch zu!
- Thema VS-Pflichtmitgliedschaft derzeit unkritisch gesehen, Regierungsfractionen befürworten Pflichtmitgliedschaft.
- Quoren für die Satzungsabstimmung bei Einführung der VS: nichts weiter geklärt. Verweis auf in ca. 1-2 Wochen erwarteten Gesetzesentwurf.

Top 6: VS Gesetzentwurf der LAK

Gesetzentwurf der vorliegt, enthält eventuell noch keine redaktionellen Änderungen.

Abstimmung über Änderungsanträge (eine Stimme pro anwesender Hochschule):

- A Zielsetzung letzter Satz: Hohenheim(ersetze „machten“ durch „machte“)
→ redaktionelle Änderung, keine Einwände.
- B Wesentlicher Inhalt: Hohenheim (ersetze „Beitragsautonomie“ durch „Finanzautonomie“, dabei ist Beitragsautonomie in Finanzautonomie enthalten)
→ Mit 15 Stimmen einstimmig angenommen – wird auch in der Begründung geändert
- Artikel 1, Nr 8 §65, Absatz 1, Satz 1: KIT-2 (DoktorandInnen einfügen)
→ Aufnahme der DoktorandInnen zu den Studierenden wird kritisch gesehen. Antrag wird von KIT zurückgezogen.
- Artikel 1, Nr 8 §65, Absatz 2, Nr. 1: Hohenheim (ergänzen um „musische Belang“)
→ Dafür: 0, Dagegen: 11, Enthaltungen: 4, Antrag abgelehnt.
- Artikel 3 §1 Absatz 3: KIT/Heidelberg („solange“ anstatt „bis“)
→ einstimmig dafür (15 Stimmen).
- Begründung I.4 & II. Artikel 1 Nr. 8 Absatz 7: Heidelberg FS-Mathe-Physik („Zuschüsse“ zur VS aus dem Hochschuletat vs. Budget) & Hohenheim Pkt. 6 (Änderung §65 Absatz 7) & Heidelberg FS-Mathe-Physik (Formulierung AStA-Budget in AStA und Fachschaften Budget)
 - Finanzierung VS „insbesondere“ → „beispielsweise“ zwecks besserer Argumentationsgrundlage vor Gericht falls es zum Streit kommen sollte.
 - Hohenheim regt an, Budgets auch an Studierendenzahlen-Entwicklung der jeweiligen HS zu koppeln (65 VII).
 - Einwurf von Laura: Ziele jenseits der Budgeterhaltung sind vor dem Hintergrund der politisch-finanziellen Lage unrealistisch. Es wäre unverantwortlich die kleinen Hochschulen nicht besonders zu berücksichtigen; für große Hochschulen sind die Zuschüsse nicht zwingend notwendig.
 - HD regte an die Begründung zu ändern. (siehe letzter Absatz aus Anregungen der FS MathPhys)
 - Antrag zur GO von HTW Aalen: Änderungen zum Gesetz und Änderungen zur Begründung einzeln abzustimmen und nicht gemäß Abstimmungsübersicht in einem Punkt. Keine Gegenrede. Somit angenommen.
 - Hohenheim zieht seinen Antrag zurück um gemäß Anregung von Kirsten (Uni HD FCK) kein Politikum im Gesetz zu schaffen und Klagemöglichkeiten gegen das Gesetz zu minimieren.
 - Antrag HD wird abgewandelt, mit den Abwandlungen wie von Christoph vermerkt.
 - GO-Antrag von Uni KN Auf Ende der Debatte. Keine Gegenrede.
 - Antrag wurde wie folgt umformuliert und abgestimmt: „Beispielsweise bei Hochschulen mit geringer Studierendenzahl ist die Studierendenschaft auf zusätzliche Förderung durch die Hochschule angewiesen, damit nicht unverhältnismäßig hohe, sozial unangemessene Beiträge erhoben werden müssen. Diese Zuschüsse orientieren sich an sämtlichen bisherigen Mitteln von AStA und

Fachschaften, sowie der Höhe der bisher in Anspruch genommenen Personalmittel. "

→ Dafür: 14, Enthaltung: 1, Dagegen: 0

- Die folgende redaktionelle Ergänzung wird aufgenommen: „kostenfrei“ bei Überlassung der Räumlichkeiten, siehe §65 Abs. 7 auf S3.
→ Einstimmig angenommen.
- Begründung zu Artikel 1: KIT-4 (Satzstreichung Beitragseinzug):
→ Dafür: 6, Enthaltung: 5, Dagegen: 4 Somit angenommen.
- Begründung Artikel 1 Nr. 8 §65 Absatz 3: Hohenheim Pkt. 5 (Grundordnungsanpassung)
→ Ist kein konkreter Antrag, wird aber als Arbeitsauftrag vom Präsidium angenommen: Die LAK wirkt daraufhin, dass die VS nach Einführung umgehend ihre selbstständige Arbeit aufnehmen kann.
- Begründung zu Artikel 2: KIT-5 (Korrektur LHG zu StWG)
→ Dies war ein redaktioneller Fehler, wird entsprechend korrigiert.
- Begründung Artikel 3 Absatz 1 Satz 1: Hohenheim (ersetze „Studierendenschaft“ durch „Gruppe der Studierenden“)
→ Laura: Studierendenschaft ist durch in Kraft treten dieses Gesetzes definiert. Antrag wird zurückgezogen.

(Mittagspause)

Änderung der Besetzung: Uni Konstanz und Weingarten haben sich aus der Konferenz verabschiedet.

Ergänzungen:

- Hohenheim – Pkt. 3 (allgemeinpolitisches Mandat)
→ kein wirklicher Antrag nur Anmerkung.
Heidelberg regt Debatte über Begriff des politischen Mandats an, wollen wir ein Mandat, oder sollte dieser Begriff nicht besser bewusst vermieden werden?
Kein Antrag auf Streichung der Formulierung.
- Zwischen Artikel 1&2: KIT-1 (Änderung des KIT Gesetz)
→ Betrifft andere Hochschulen nicht. Dafür: 13, Somit nach neuer Zusammensetzung einstimmig angenommen.
- Heidelberg FS-Mathe-Physik – Übergabe von Kompetenzen/Rechtsfähigkeit an Organe der VS
→ Ist eine Frage, kein Änderungsantrag: Kompetenzen und Rechtsfähigkeit können an andere Organe z.B. Fachschaften weitergegeben werden, Präsidium wird aber nochmal nachfragen.

Folgende Anträge gehen über das VS Gesetz hinaus:

- Heidelberg – §20 LHG Festschreibung vom Amtsmitgliedern im Aufsichtsrat
Contra-Position von Uni Freiburg, da die gewünschte Änderung dort eine effektive Verschlechterung des Status Quo bedeuten würde (Laura: „im Aufsichtsrat wird mehr auf uns Studierende gehört als im Senat“). Zustimmung einiger weiterer Hochschulen.

Laura: Vorschlag einer Task Force/eines AK, Thema der weiteren Demokratisierung der Hochschulen weiter auf Agenda der LAK behalten (z.B. wo Gremien benannt und nicht gewählt werden).

HD stellt Antrag zurück.

- Heidelberg - §61 Absatz 2 LHG, passives Wahlrecht bei Beurlaubung
→ Kandidaten sollen sich auch während Abwesenheitszeiten durch Beurlaubung aufstellen lassen können. Stichwort „fliegende Sekunde“ als Problem (kurze Exmatrikulation von Studis beim Übergang vom Bachelor zum Master kann dazu führen dass studentische Vertreter aus den Gremien vorzeitig ausscheiden müssen.)
Christin arbeitet eine Formulierung aus.
- Offene Frage: Ist die neue VS die Rechtsnachfolgerin der „damals“ aufgelösten VS?
Aussage Ministerium: Nein, geht nicht, da Abschaffung niemals als unrechtmäßig erkannt wurde. Geht hier insbesondere um (1) sonst zurück zu erstattendes Vermögen und Gebäude sowie (2) Haftung von damaligen studentischen VertreterInnen (die aber alle verjährt sein dürften).
Christin: Jetzt gute Grundlage schaffen und später Klage einreichen. Chancen stehen nicht so schlecht.
Bözl: Wenn keine Klagemöglichkeit nach der derzeitigen Konstellation besteht, sollte man dies per Gesetzanpassung regeln!

Top 7: Dialogorientiertes Serviceverfahren zur Vergabe von Studienplätzen

- Marie stellt die Idee für das Verfahren vor. Neue Software ist von den Hochschulen zu entgeltlich zu beschaffen.
- Frage kam auf ob die LaStuVe eine Stellungnahme herausgeben und Position dazu beziehen sollte. Dies wäre auf der nächsten LAK zu beschließen.
- HTW Aalen: Nachteil wäre langsames Verfahren.
- KIT: Problem des Datenschutzes! Das neue Verfahren hätte schon 2010 stehen sollen.
- Ausarbeitung hierzu folgt zur nächsten LAK, incl. Verweis auf die Website zum Verfahren.

Top 9: Akkreditierungsentsendung (getauscht mit Top 8!)

- Der Bewerber hat sich nicht persönlich vorgestellt, Laura nimmt Verantwortung dafür auf sich, wegen der räumlichen Distanz Konstanz → Stuttgart und der Kürze des TOPs.
- Konsens: Wäre gut die Leute zu kennen die man entsendet und vor allem darauf zu achten Personen mit kritischem Blickwinkel zu entsenden und nicht „irgendwen“.
- Vorschlag dieses Verfahren zur Akkreditierung, bzw. die Akkreditierung selbst als TOP zu planen
Vorschlag den konkreten Fall im Rund-/Umlaufverfahren zu beurteilen.
Beides ohne Gegenrede angenommen.
 - **Frist für Fragen an den Bewerber: 05.02.2012 an Laura**
 - Laura fragt derweil an wg. Empfehlungsschreiben aus der Fachschaft.

Top 8: Termine

- **AK VS: 12.2.2012 12:00h an der Uni Tübingen**
- AK Lehramt: wird noch bekanntgegeben
- **Ort und Datum der nächsten LAK: 26.2.2012 (Karlsruhe, HS folgt)**

- **Vorbesprechung für nächstes Ministeriumsgespräch: 25.2.2012 am KIT**
- **Nächstes Ministeriumsgespräch: 29.2.2012 10:00h**

Top 10: Sonstiges

- Hohenheim bittet Vorstand um Unterlagen zu Thema Übergang von Studiengebühren zu Kompensationsmitteln.
- www.wirwollendeinenkopf.de von der Fachschaften-Vollversammlung an der Ernst-Bloch-Universität Tübingen (Wilhelmstraße 30, D-72074 Tübingen) registriert. Als Contra gegen die Ministeriumswebseite (siehe oben).
 - Diskussion ob die LAK eine PM mit Stellungnahme zu dem Thema herausgeben will, weil die Art der Diskussionskultur uns missfällt (Ausschussbesetzung zum Thema VS ist zum Nachteil der gewählten studentischen Gremienvertreter weil viele VS-bezüglich Ahnungslose drinsitzen; Webseite kam erst online als die wesentlichen Arbeiten an den Gesetzesentwürfen schon erledigt waren) und wenn, wann die PM herausgegeben werden soll.
 - Beschluss: Ja, es kommt eine PM. Zuvor wird das Ministerium (erneut) informiert über die Unzufriedenheit der LAK bezüglich der Prozesse in der Mitbestimmung.
 - **Bis 05.02. sind alle TN aufgerufen Eingaben dazu an den Vorstand zu richten, die in die PM einfließen sollen.**
 - PM der LAK zur Entscheidungsfindung wird getrennt zur Stellungnahme zum Gesetzesentwurf herausgegeben.
 - KIT fordert LAK auf, sich für ein Landesweites Zustimmungsquorum für die VS-Einführung in angemessener Höhe einzusetzen
 - HTW Aalen: Ministerium sieht Frauenquote von min. 40% in HS-/Aufsichtsrat vor. Dies ist derzeit mancherorts (→ Aalen) unrealistisch zu erreichen. Problem der Übergangszeit weil de facto nur noch Frauen neu reinkommen dürfen. Ministerium übt diesbezüglich Druck auf die Hochschulen aus.

Ende der Sitzung: 18:15h.